

dem ihr vorgelegten Entwurf"¹⁰ 11. Letzteres war der Bevölkerung der BRD übrigens auch noch verwehrt worden.

Für die DDR hatte das geschichtliche Zusammentreffen von staatlicher Souveränität und Volkssouveränität von vornherein besondere Bedeutung, weil hier bei der Herausbildung der neuen Staatsmacht die Frage der Volkssouveränität (und damit der politischen Macht) im Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit der imperialistischen deutschen Vergangenheit stand. Im Prozeß der revolutionären Gestaltung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, das heißt in harten Klassenauseinandersetzungen um eine reale Demokratie des werktätigen Volkes, wurde die Volkssouveränität auf dem festen Fundament der neuen sozialökonomischen und politischen Ordnung errichtet. Eindeutig wurde nun Volkssouveränität zum Inbegriff der durch das Volk und für das Volk verwirklichten Staatsmacht.

Nachdrücklich hat Otto Grotewohl bereits während der Diskussion der Länderverfassungen auf diese Zusammenhänge hingewiesen. In einer Zwischenbilanz zur Verfassungsdebatte erklärte er im Dezember 1946: „Solche Zustände fallen aber nicht vom Himmel, sie müssen geschaffen werden ... Die erste Frage darf nicht sein : Welche juristische Form schaffen wir — sondern welche politische Linie schlagen wir ein. Haben wir uns über die politische Linie geeinigt, so haben wir entsprechende wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse herzustellen, die das sichere und unabdingbare Fundament unseres demokratischen Staates sein sollen. Darum sollen Faschismus und Militarismus, Monopole und Großgrundbesitz keine Opposition' in unserem demokratischen Staatswesen sein, die nach gewissen verfassungsrechtlich fixierten demokratischen' Spielregeln ihr dunkles Spiel treiben darf; sie stehen außerhalb dieser Verfassung und außerhalb der Gesetze ... Es kommt nur darauf an, den Staat diesmal in die richtigen Hände, in die Hände der Werktätigen zu legen und sich über Richtung und Ziel der staatlichen Politik in aller Offenheit und Klarheit auszusprechen, so daß das schaffende Volk seine Interessen und den Weg zu einer besseren Zukunft durch diesen Staat verwirklicht sieht."¹¹

Diese Auseinandersetzung um die Machtfrage war um so dringlicher, als sich eben

die Kräfte der alten Gesellschaft im Bereich der Westzonen erneut anschickten, ihre Herrschaft zu errichten, und zwar mit dem erklärten Ziel der Wiederherstellung einer von den Traditionen des imperialistischen Deutschen Reiches geprägten und als Fortbestand dieses Reiches interpretierten „gesamtdeutschen" Staatsgewalt.¹²

Hervorgegangen aus einer tiefgreifenden antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, die den Übergang zum Sozialismus vorbereitete, *bedeutete die Gründung der DDR die Errichtung einer souveränen Staatsmacht, mit der sich die Souveränität des werktätigen Volkes verwirklichte.* Mit dem Sieg des Sozialismus und der fortschreitenden Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gewann auch die Souveränität des Volkes einen neuen Inhalt. In der sozialistischen Ordnung ist Volkssouveränität objektiv mit der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei verbunden. Die Arbeiterklasse ist durch ihre Stellung in der materiellen Produktion und ihre Verbindung mit der einzigen wissenschaftlichen Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung allein befähigt, alle progressiven Kräfte zusammenzufassen und zum gesellschaftlichen Fortschritt zu führen. Die Aufgabe der sozialistischen Staatsmacht, „alle Mitglieder der Gesellschaft zu Werktätigen zu machen"¹³ und in die aktive Gestaltung ihrer Lebensprozesse einzubeziehen, ist zugleich gesicherte Wirklichkeit und immer neue gesellschaftliche Aufgabe.

Entsprechend dieser Realität erklärt die Verfassung der DDR die Souveränität des werktätigen Volkes, verwirklicht auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus, zum *tragenden Prinzip des Staatsaufbaus* (Art. 47). Über das System der Volksvertretungen erfaßt dieses Prinzip alle Organe der sozialistischen Staatsmacht. Es drückt die *staatliche Machtausübung durch das werktätige Volk* unter Führung der

10 M. Kriele, Einführung in die Staatslehre, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 112, S. 113.

11 O. Grotewohl, Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Bd. I, Berlin 1954, S. 83, S. 84 f. v

12 Vgl. K. Polak, Reden und Aufsätze, Berlin 1968, S. 53 ff., S. 112 ff., S. 126 ff.

13 W. I. Lenin, Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 377.